



HESSISCHER LANDTAG

04. 10. 2022

Plenum

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Studierende und Hochschulen jetzt unterstützen – Armut und kalte Hörsäle verhindern!

Schon vor der Corona-Pandemie sowie der Energiekrise waren viele Studierende von Armut bedroht. Im Jahr 2020 waren laut einer Studie des Paritätischen 30 % aller Studierenden arm, bei alleinstehenden Studierenden lag die Zahl sogar bei 75 %. Damit liegen Studierende deutlich über der Armutsquote der Gesamtbevölkerung (16,8% in 2020).

Gleichzeitig ging die Zahl der BAföG-Geförderten seit 2012 kontinuierlich zurück. Bei den Anspruchsberechtigten lag die Quote 2021 unter 19 %, gerechnet auf alle Studierenden lag die Quote bei etwa 11,7 %. Während der Pandemie verloren viele Studierende ihre Einkommensquellen in Nebenjobs, etwa in der Gastronomie oder im Event-Bereich. Durch den Wegfall von Präsenzlehre und durch den Umstieg auf digitale Lehrangebote verlängert sich für viele das Studium, sodass für Viele die Frage im Raum stand, ob sie ihr Studium überhaupt zu Ende finanzieren können. Trotz einiger Unterstützungspakete, die weder auskömmlich noch für alle zugänglich waren, hat die Pandemie die soziale Lage vieler Studierender weiter verschärft. Besonders diejenigen, die nicht bei ihren Eltern wohnen, leiden unter sozialen Nöten. Die explodierenden Mietpreise und fehlende Plätze in Studierendenwohnheimen stellen immer mehr Studierende vor existenzielle Herausforderungen. Nun kommt noch die Inflation dazu. Die Preissteigerungen kommen schon jetzt an den Cafeterias und Mensen an. Auf Grund der akuten sozialen Krise bei Studierenden hat sich ein Bündnis aus dem „Freien Zusammenschluss der Student*innenschaften“ (fzs) und den Studierendenvertretungen der großen hessischen Hochschulen zu einem Krisengipfel in Frankfurt getroffen – es sollen weitere folgen.

Um den Hochschulbetrieb im Herbst und Winter störungsfrei in Präsenz zu ermöglichen und die soziale Lage der Studierenden zu verbessern, muss die Landesregierung dringend Maßnahmen ergreifen. Bisher wurden die Hochschulen und Studierenden kaum mitgedacht – die Entlastungspakete der Bundesregierung sind eher Trostpflaster als wirkliche Entlastung.

Die Energiekrise darf nicht zu einer weiteren Aushöhlung der Studienangebote führen. Hochschulen müssen jetzt kurzfristig unterstützt und dauerhaft auskömmlich finanziert werden. Stellensperren müssen umgehend zurückgenommen werden. Die dauerhaften Krisen dürfen nicht länger auf dem Rücken der Bildungseinrichtungen ausgetragen werden,

Der Landtag wolle beschließen:

I. Soziale Lage der Studierenden

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich dafür einzusetzen, dass die Regelstudienzeit auch in diesem Wintersemester verlängert wird und ein zusätzlicher Prüfungsversuch ermöglicht wird.
2. Die Landesregierung organisiert eine zügige und unkomplizierte Umsetzung der Direktzahlungen an die Studierenden in Höhe von 200 € aus dem Entlastungspaket III der Bundesregierung.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Bundesrat für eine umfassende BAföG-Reform, die Erhöhung des BAföG auf den tatsächlichen Bedarf, die Abschaffung der Altersgrenzen, die uneingeschränkte Förderung der Master-Studiengänge, die Abschaffung der Rückzahlungspflicht, die Anhebung der Freibeträge, die elternunabhängige Förderung, eine Dynamisierung der Förderung sowie einen echten Notfallmechanismus, bei dem in Krisenzeiten unkompliziert alle Studierenden gefördert werden können, einzusetzen.

4. Die Landesregierung erstattet den Studierenden die Verwaltungskostenbeiträge für das Wintersemester und das kommende Sommersemester – mittelfristig werden diese versteckten Studiengebühren komplett abgeschafft.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Anschlussregelung für das 9 €-Ticket zu finden. Außerdem wird die Landesregierung ein Konzept für ein kostenloses Studierenticket erarbeiten.
6. Die Landesregierung nimmt Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft (Klassismus) als Diskriminierungskategorie in das Hessische Hochschulgesetz (HHG) auf. Entsprechend ist diese dann in der Gleichstellungs- bzw. Antidiskriminierungsarbeit der Hochschulen zu berücksichtigen.

II. Ausfinanzierung der Studierendenwerke

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Studierendenwerke auskömmlich zu finanzieren. 30% der Finanzierung müssen mittelfristig wieder vom Land kommen. Vor allem die Landeszuschüsse für die Mensa-Mahlzeiten müssen schnellstmöglich erhöht werden.
8. Die Landesregierung ergänzt die Leistungs- und Zielvereinbarungen mit Studierendenwerken so, dass die Versorgung auch abseits der Hauptmahlzeiten ausgebaut und verbessert werden kann.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gemeinsam mit den Studierendenwerken ein Bauprogramm für Studierendenwohnheimplätze aufzulegen. Das Ziel muss sein, für 20% der Studierenden einen Wohnheimplatz zur Verfügung zu stellen. Es sollen jährlich 2.000 neue Studienwohnheimplätze entstehen.
10. Die Landesregierung legt gemeinsam mit den Studierendenwerken ein Sanierungsprogramm für Studierendenwohnheime für energetische Sanierung auf. Dafür müssen für jedes Studierendenwerk mindestens 30 Mio. € in die Hand genommen werden.

III. Hochschulfinanzierung neu ausrichten und stärken

11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Grundfinanzierung der Hochschulen schnellstmöglich zu erhöhen, sowie die Abhängigkeit von Drittmitteln zu reduzieren. Die Hochschulfinanzierung über den Hochschulpakt muss langfristig durch eine solide Grundfinanzierung ohne marktwirtschaftliche Instrumente und Anreizsysteme ersetzt werden.
12. Die Landesregierung setzt einen Rettungsschirm für Hochschulen in der Energiekrise auf, um den Hochschulbetrieb in Präsenz im Winter auch an den Hochschulen möglichst zu erhalten, die hauptsächlich von Gas abhängig sind. Eingeschränkte Öffnungszeiten von Hochschulgebäuden, Bibliotheken und Mensen sind nach zwei Jahren der Corona-Einschränkung nicht hinnehmbar.
13. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, verbindliche Regelungen zur Entfristung von Stellen im Hochschulbetrieb festzulegen. Unverbindliche Absichtserklärungen können den Befristungswahn an hessischen Hochschulen keinen Riegel vorschieben. Die Betreuungsrelation zwischen Professorinnen und Professoren und Lernenden, die aktuell über dem Bundesdurchschnitt liegt, muss dringend verbessert werden.
14. Die Landesregierung muss ein Programm zur Klimaneutralen Hochschule 2030 auf den Weg bringen.
15. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die energetische Sanierung des Gebäudebestandes in höherem Tempo voranzutreiben. Bis 2029 müssen 80 % der Hochschulgebäude energetisch saniert sein.

16. Der Landtag fordert von der Landesregierung, das Budget für Neubau, Sanierungen und digitale Infrastruktur an den Hochschulen signifikant zu erhöhen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 4. Oktober 2022

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula